

VOM VERFOLGUNGSWAHN ZUR VERFOLGUNGSGAGD

Der Barcelona-Prozess, der eigentlich die Beziehung zwischen dem südlichen Mittelmeerraum und der EU wiederbeleben sollte, ist ins Stocken geraten. Kann ein Kulturdialog die Rettung sein? Oder ist er nur ein preiswertes Trostpflaster auf der Wunde der gescheiterten politischen und wirtschaftlichen Beziehungen?

Von Michael Dauderstädt

Angesichts der massiven Konflikte zwischen der westlichen und der arabischen Welt und des dadurch wiederbelebten „Kampfes der Zivilisationen“ ist eines zu betonen: Der entscheidende Unterschied zwischen dem Nord- und dem Südufer des Mittelmeers ist nicht die Religion und die Kultur, sondern das jeweils herrschende Wirtschaftsmodell.

Im Norden bestehen demokratisch kontrollierte Marktwirtschaften, in denen die Wohlstandschancen von der intelligenten Organisation der Produktion abhängen, wobei die davon Ausgeschlossenen dank ihrer demokratischen Mitwirkungsmacht wohlfahrtsstaatlich abgesichert werden. Im Süden bestehen kontrollierte Rentenökonomien, die auf einer autoritären Staats- und Wirtschaftsbürokratie basieren, die von den Einnahmen aus der Produktion mineralischer oder agrarischer Rohstoffe lebt und dafür nur geringe Investitions- und Arbeitsleistungen zu leisten hat.

„WAR SCHON DER BARCELONA-PROZESS DURCH SEINE MARKTGLÄUBIGE PRÄGUNG, SEINE ANGST VOR DER ISLAMISTISCHEN OPPOSITION UND SEIN UNGEEIGNETES INSTRUMENTARIUM ZUM SCHEITERN VERDAMMT, SO HABEN SICH SEIT DEM II. SEPTEMBER DIE MITTELMEERBEZIEHUNGEN VOLLENDTS IN EINE SACKGASSE VERRANNT.“

Dadurch werden Wohlstandschancen überwiegend vom Zugang zu den politisch, aber nicht demokratisch kontrollierten Rentenquellen abhängig und weniger von Arbeit. Wer Arbeit hat, hat daher noch lange kein Geld. Allen voran die Landarbeiter sind bettelarm.

Um diese Zuspitzung nun gleich wieder etwas abzuschleifen, sei eingeräumt, dass es auf beiden Seiten trotz erheblicher Unterschiede zwischen

den einzelnen Ländern sich nicht zuletzt dank der historischen Interaktion zwischen den Küsten immer auch Elemente der jeweils anderen Kultur finden lassen. Das gilt nicht nur für die Religion, da sowohl Christen in den arabischen Ländern als auch Muslime und Juden in den „christlichen“ Ländern leben.

So gibt es auch in den demokratischen Marktwirtschaften des Nordens gerade im öffentlichen Sektor Strukturen des Klientelismus. In den Rentenökonomien des Südens finden sich dagegen vor allem im Tourismus und der exportorientierten Landwirtschaft Faktoren der wettbewerbs- und effizienzorientierten Produktion. Diese unterschiedlichen Grundstrukturen haben weitreichende Auswirkungen auf das Konflikt- und Gewaltpotenzial der inner- und zwischenstaatlichen Beziehungen. Innerhalb einer undemokratischen Rentenökonomie bestimmt die Macht, die sich letztlich auf Gewaltverhältnisse stützt, über die Wohlstandschancen. Sie gewaltfrei zu verändern ist schwierig. Gewalt provoziert Gegengewalt. In dem Maße, wie die Herrschenden sich auch noch auf fremde Hilfe stützen, rückt auch die „Schutzmacht“ ins Visier der Gruppen, die an die Rentenquellen kommen wollen. Osama bin Ladens militanter Islamismus ist in diesem Kontext eventuell nur der ideologische Überbau seines Versuchs, die Einnahmen aus den weltgrößten Ölreserven zu kontrollieren.

Zwischen den Ländern spielen daher territoriale Konflikte eine potenziell große Rolle. Wenn Demokratien keinen Krieg untereinander führen, so gilt umgekehrt, dass der autoritäre Charakter der arabischen Staaten ein friedliches Zusammenleben nicht eben erleichtert. Entsprechend stellen sich alle Versuche einer regionalen Integration als relativ aussichtslos dar, da die Aufteilung der Renten ein Nullsummenspiel ist. In Palästina treffen israelische und palästinensische Territorialansprüche aufeinander. Auf palästinensischer Seite erfolgte mit der territorialen Kontrolle alsbald der Aufbau einer auf Auslandshilfe beruhenden Rentenökonomie. Auf israelischer Seite ist die europäisierte Gesellschaft der Hightech-Küstenökonomie erstaunlicherweise bereit, die religiös legitimierten Lebensraumideologien der fundamentalistischen Siedler zu alimentieren. Und das, obwohl sie für die nationale Wohlstandsproduktion eher hinderlich und bestenfalls sicherheitspolitisch, hinsichtlich des territorialen Raums als schützender Distanz, zu legitimieren sind.

In Europa sieht das heute weitgehend anders aus. Zwischen den Staaten spielt Territorium kaum noch eine Rolle. Die Nutzung des wirtschaftlichen Potenzials ausländischer Regionen

steht in Europa auch deutschen Unternehmen offen, ebenso wie der Besuch oder die Ansiedlung deutscher Bürger.

Die deutsche Vereinigung lässt die Probleme deutlich werden, die in einem demokratischen Staat bei Ausweitung des Territoriums auftreten. Ist das zusätzlich erworbene Staatsgebiet kein Standort wettbewerbsfähiger Produktion, muss es hochgepäppelt oder durchgefüttert werden, was auf Kosten des Wohlstands der „Kernbürgerschaft“ geht, die zu diesem Akt der Solidarität nur unter speziellen Bedingungen bereit ist. Wenn überhaupt, so droht die Segregation eines Gebiets, das überdurchschnittlich reich und nicht länger bereit ist, die ärmeren Regionen des gleichen Staates solidarisch zu unterstützen, wie es zum Beispiel in Slowenien der Fall ist. Diese Probleme lassen sich aber in der Regel durch eine konsensual-demokratische Neuverteilung von Steueraufkommen und Kompetenzen wie etwa in Spanien regeln. Das schließt einen Rest von gewaltsamen Konflikten, wie es sich bei den Basken, den Korsen und in Nordirland zeigt, nicht aus. Selbst wenn hier kaum noch Mehrheiten mobilisiert werden, sondern nur noch kleine Gruppen, die keine andere sozioökonomische Basis mehr haben als ihren eigenen Terror.

Mit der europäischen Integration haben sich auf der Grundlage dieser Strukturen und Interessen innerhalb der Europäischen Union zunehmend Verhältnisse entwickelt, die einerseits das friedliche Zusammenleben in Europa sichern, andererseits eine europäische Wohlfahrtsdemokratie in Keimform etablieren, die solidarische Umverteilungsprozesse vorsieht und gleichzeitig zunehmend gleicher werdende Rechte aller Bürger und Unternehmen garantiert. Dass selbst auf diesem geringen Umverteilungsniveau die Expansionsgelüste angesichts der befürchteten Kosten schwach sind, zeigt die zögerliche Osterweiterung, bei der die Beitrittsländer mehr Druck machen als die Altmitglieder: Das „Imperium“ schreckt zurück.

Seit 1995 haben die ungleichen Partner im Mittelmeerraum auf Initiative der Europäischen Union ihre Beziehungen auf eine neue Basis, die in Barcelona eingeweihte Euro-Mediterrane Partnerschaft, gestellt. Weniger üppig sprudelnde Rentenquellen, das Ende sozialistischer, das heißt staatswirtschaftlicher Wachstumsillusionen und geostrategischer Rücksichten nach dem Kalten Krieg ebneten hierfür den Weg. Angesichts der eingangs dargestellten Unterschiede in den Strukturen und den dadurch bedingt ungleichen Interessen kann es trotzdem kaum verwundern, dass dieser „Barcelona-Prozess“ nur geringe Fortschritte gemacht hat. Politisch ist er bezüglich Fragen zu

Demokratie und Menschenrechten an dem unverändert autoritären Charakter der südlichen Partner und in der Frage der Sicherheitspolitik an der Unversöhnlichkeit der Gegner im Nahostkonflikt gescheitert. Ökonomisch hat das Freihandelskonzept von vornherein daran gekrankelt, dass Europa vor allem im Agrarsektor protektionistisch blieb und im Süden auf industriellem Sektor kaum ein wettbewerbsfähiges Angebot da ist, weswegen eine Marktöffnung eher entwicklungshemmend als -fördernd wirkt. Die Hilfestellung hat die Rentenlogik in den Empfängerländern gestärkt – mit Sicherheit in Palästina. Die lobenswerten Anstrengungen der bürokratischen Unterstützung aus Brüssel, die Verwendungskontrolle zu stärken, haben erst einmal dazu geführt, dass zwischen 1995 und 1999 nur 26 Prozent, also ein gutes Viertel, der zugesagten Mittel abgeflossen sind.

CHRONISCHE PARANOIA

Kulturell und zivilgesellschaftlich hat es zwar eine Fülle von Aktivitäten gegeben, aber Skepsis und Paranoia haben sich kaum verringert. Diese Niederlage bezüglich der Bewusstseinsbildung kann angesichts des Versagens in der Wirklichkeit kaum überraschen. Für die arabische Welt bleibt Europa eine Hegemonialmacht, für Europa sind die Islamisten eine Bedrohung. Die gegenseitige Durchdringung ist asymmetrisch: Der unerwünschten, aber kontinuierlich nach Europa vordringenden arabischen Einwanderung stehen erwünschte, aber zögerliche europäische Investitionen in den südlichen Anrainerstaaten gegenüber. War schon der Barcelona-Prozess durch seine marktgläubige Prägung, seine Angst vor der islamistischen Opposition und sein ungeeignetes Instrumentarium zum Scheitern verdammt, so haben sich seit dem 11. September die Mittelmeerbeziehungen vollends in eine Sackgasse verrannt. Menschenrechtspolitik weicht der gemeinsamen Verfolgung der Islamisten nördlich und südlich des Mittelmeers. Der israelisch-palästinensische Konflikt eskaliert wegen der zunehmend härteren Linie Israels, das sich im Einklang mit der Antiterrorkampagne des Westens glaubt. Der wirtschaftliche Abschwung mit steigenden Arbeitslosenzahlen, zunehmenden Pleiten und wachsenden Schulden erhöht die Angst in Europa vor Importkonkurrenz, höheren Ausgaben für Hilfsprogramme und Immigration aus Nordafrika.

Was bleibt also? Kann die Kulturpolitik die Rettung sein? Wohl kaum. Sie wäre bestenfalls ein preiswertes Trostpflaster auf der Wunde der gescheiterten politischen und wirtschaftlichen Bezie-

hungen. Eine wichtige Aufgabe der Beziehungen zwischen den Zivilgesellschaften wäre es, in den arabischen Ländern die Akteure zu identifizieren und zu stärken, die zwischen Terrorismus und Klientelismus stehen. Aber dieses Segment der Hoffnung droht das erste Opfer des neuen Krieges gegen den Terror zu werden, der wieder Bündnisse mit Diktatoren legitimiert, solange sie nur „unser“ sind. Letztlich meint es Europa nicht ernst mit der Mittelmeerpolitik. Die Angstmotive haben an Wirkung gewonnen, aber der lange Atem und die radikale Re-Orientierung der Prioritäten, die eine ernsthafte Strategie zur Entwicklung des Mittelmeerraumes erfordern würde, sind nicht in Sicht. Die eigenen Bauern und die amerikanischen Konfrontationsstrategien sind wichtiger und mächtiger. Wenn hier einige unbescheidene Ideen folgen, dann nicht, weil sie realistisch sind, sondern weil ihr Irrealismus die Rhetorik einer neuen Partnerschaft entlarvt.

Die grundsätzliche Ablehnung einer Erweiterung der EU über das Mittelmeer hinweg sollte ein Ende haben. Sie errichtet eine kulturelle Schranke, die sich mit der Grundphilosophie der Integration nicht vereinen lässt. Mit der Helsinki-Entscheidung, die Türkei als Kandidaten zu akzeptieren, ist die Ausgrenzung ohnehin porös geworden. Die Aussicht auf den Beitritt ist einer der mächtigsten Hebel, um Reformprozesse in verkrusteten politischen und ökonomischen Systemen in Gang zu setzen. Die bisherigen Beitrittskriterien der EU sind allerdings zu seicht. Sie sollten durch sozioökonomische Bedingungen, wie zum Beispiel Pro-Kopf-Einkommen, Arbeitslosigkeit und Einkommensverteilung, ergänzt werden. Gleichzeitig darf die EU politische Methoden, wie zum Beispiel den Protektionismus, die den eingeforderten sozioökonomischen Fortschritt blockieren, nicht billigen.

MOTIVATIONSAKTOR EU-BEITRITT

Das Land, das diese Bedingungen am ehesten erfüllt, ist Israel. „Israel A“, die moderne und säkulare Hightech-Ökonomie, ist eine europäische Insel im Nahen Osten. Diese Gesellschaft träumte 1999 von einem baldigen Frieden mit den Palästinensern und einem anschließenden Weg nach Europa. Leider ist sie scheinbar unzertrennlich an „Israel B“ gekoppelt, den religiös definierten Annexionsstaat, der einem Teil seiner Bürger die Rechte vorenthält und seine fundamentalistische Identität territorial-historisch und nicht, wie Israel A, innovatorisch-zukunftsbezogen definiert. Die Option „EU-Beitritt“ könnte Israel A in einer wünschens-

werten Auseinandersetzung mit Israel B stärken. Wenn der Haupthandelspartner EU dieses Zuckerbrot mit der Peitsche der Handelspolitik kombinieren würde, um Anreize für mehr Kompromissbereitschaft zu schaffen, könnte die EU etwas mehr Einfluss auf einen Konflikt gewinnen, der ihre eigene Sicherheit beeinträchtigt. Die Handelspolitik wäre überhaupt eines der wichtigsten Instrumente der Mittelmeerpolitik, wenn sie weniger europäischen Egoismen und freihändlerischen Sprüchen folgen würde. Notwendig ist eine Öffnung der europäischen Märkte für Agrarprodukte bis hin zu der hilfreichen Legalisierung von Hasehisch sowie die Tolerierung geschützter Modernisierung im Süden. Dabei ist auf beiden Seiten unbequeme Offenheit und Verbindlichkeit notwendig. Die von Importkonkurrenz betroffenen Produzenten in Europa müssen Planungssicherheit und Anpassungshilfen haben. Die geschützten Sektoren im Süden dürfen nicht die neuesten Rentenquellen für unproduktive Monopolisten werden.

BRACHLAND ERZIEHUNGSSEKTOR

Schutz und Hilfe sind zeitlich zu begrenzen und degressiv zu gestalten. Die Unterstützung könnte sich entweder auf die Finanzierung der oben erwähnten zivilgesellschaftlichen Kooperation beschränken, oder sie müsste einen qualitativen und quantitativen Sprung nach oben machen. Ein Kernbereich wäre der Erziehungssektor, der teilweise geradezu ein Hort der islamistischen Indoktrination war und ist. Wenn EU-Fonds sicherstellen würden, dass vor allem die Frauen in den arabischen Partnerländern eine Ausbildung erhalten, die ihr ökonomisches Potenzial freisetzt und ihre gesellschaftliche Rolle verändert, so wäre das ein gewaltiger Schritt nach vorn. Ein nicht unwichtiger Nebeneffekt wäre eine Senkung der Geburtenrate. Eine Finanzierung des Erziehungssystems müsste aber nachhaltig, nicht rückzahlbar und unabhängig kontrolliert sein.

Michael Dauderstädt, Dr. rer. pol., ist Leiter des Referats Internationale Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung.